



Agnes Krumwiede

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Kulturpolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Agnes Krumwiede MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tobias Schwarz
Sprecher der LAG Netzpolitik im Landesverband Berlin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Agnes Krumwiede MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden 50
Raum 2031

Tel 030 227 – 71617

Fax 030 227 – 76598

E-Mail: agnes.krumwiede@bundestag.de

Internet www.agnes-krumwiede.de

Verteiler:

- SprecherInnen LAG Netzpolitik
- SprecherInnen LAG Kulturpolitik
- SprecherInnen LAG Medien
- Landesvorstand

Ingolstadt, 09.08.2012

Lieber Tobias,

uns beide verbindet schon seit einiger Zeit eine einseitige „Internetfreundschaft“. Als aufmerksamer Teilnehmer an der Debatte ums Urheberrecht hast Du bisher jedes Mal prompt und zuverlässig auf Deinem Blog reagiert, wenn Deiner Haltung nicht entsprechende Texte von mir veröffentlicht wurden. Wenn ich in Deiner Wohnortnähe zum Urheberrecht auf einem Podium oder in Arbeitsgruppen sitze - Du bist da! Schade nur, dass Du bei unseren persönlichen Begegnungen nie die Gelegenheit genutzt hast, mit mir zu reden. Zum Beispiel über Deine Bedenken an meinen Positionen. Ich habe nämlich die Erfahrung gemacht, dass das persönliche Gespräch besser Mauern und Vorurteile durchbrechen kann als ein Tweet oder ein Blogbeitrag. Bisher habe ich nie reagiert auf Deine diversen Versuche, mich in Deinen Blog-Einträgen zu provozieren. Mit Deinem aktuellen Blog-Eintrag [„Die Krumwiede und die Gier nach keiner Veränderung“](#) als Reaktion auf meinen Gastbeitrag in der [FAZ](#) hast Du jedoch eindeutig eine Grenze überschritten. Ich will Dir gerne erklären, warum:

Wenn Du nur mich politisch angreifst, ist das ein legitimes Mittel der inhaltlichen Auseinandersetzung. Das gehört zu meiner Tätigkeit als Abgeordnete. Aber indem Du schreibst, dass Deine Besetzungs-Vorschläge für Panels einer Grünen Urheberrechtstagung von grünen „ehrenamtlich tätigen Hobby-PolitikerInnen“ abgelehnt wurden und diesen Umstand damit begründest, diese seien „bekenkende AnhängerInnen“ von mir, diskreditierst Du damit viele unserer Mitglieder. Damit stellst Du deren Fähigkeit in Frage, eine eigene Meinung zu haben. Du „lächelst“ deren Meinung „krampfhaft weg“, wie Du schreibst. Basisdemokratie geht anders. Außerdem: Wir sind Mitglieder einer Partei und keiner Sekte. Bei uns gibt es keine „AnhängerInnen“, sondern Parteimitglieder. Und genau diese Basis-Mitglieder, auf deren



Agnes Krumwiede

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gedanken und Meinungen zum Urheberrecht und zu allen anderen Themen ich viel Wert lege, sind es, die maßgeblich daran beteiligt waren, dass wir Grünen uns „nicht mit aller Deutlichkeit für eine Verkürzung von Schutzfristen einsetzen“. Diese Tatsache allein als „Ergebnis ihrer (meiner) Bemühungen“ abzutun, suggeriert, dass in unserer Partei Deiner Ansicht nach nicht die Basis sondern Einzelpersonen Entscheidungen treffen. Diese Mutmaßung Deinerseits ist eine arrogante Anmaßung gegenüber jenen, die anders denken als Du. Was Du damit bezweckst, ist offensichtlich: Nur die Krumwiede denkt bei uns so, niemand sonst und sie instrumentalisiert alle anderen.

Du irrst Dich gewaltig. Es wird Dir nicht gelingen, jenen vielen ehrenamtlichen und von Dir „krampfhaft belächelten“ Grünen Mitgliedern ihre Ansichten zum Urheberrecht, zur Anonymität im Internet und zum Google-Lobbying etc. abzuerkennen. Grüne Politik ist bunt und erträgt unterschiedliche Meinungen!

In Deinem Blog-Eintrag erwähnst Du meinen Mitarbeiter als „Vertreter der Verwerterlobby“. Damit implizierst Du, ich würde mich instrumentalisiert lassen durch meinen Mitarbeiter. Ich frage mich: Wäre ich ein Mann und keine junge Frau, würdest Du diese Lesart dann auch zulassen?! Mittlerweile müsstest auch Du mitbekommen haben, dass meine Überzeugungen nicht manipulierbar sind und ich diese leidenschaftlich vertrete. Jetzt zu den Fakten, denn ich muss natürlich Deine haltlosen Behauptungen über meinen Mitarbeiter entkräften: Er arbeitet seit knapp einem Jahr in meinem Büro. Er wird ausschließlich vom Deutschen Bundestag bezahlt und hat keinerlei Nebenjobs für „die Verwerterlobby“ oder sonstiger Art. Mit wem er in seiner Freizeit Kontakt hat, geht Dich und mich nichts an. Dass er „wohl noch immer engen Kontakt zu seinem Geschäftspartner, dem Unternehmer Stefan Herwig, hält“ ist eine Unterstellung von Dir, die Du ja sogleich „[Anm. (08.08. 18:38 Uhr): ...Meine das vermuten lassende Quelle ist wohl veraltet gewesen.]“ wieder revidieren musstest. Diese Einlassung ist symptomatisch für deine Ausführungen: Du beschuldigst mich der Pauschalverurteilung ganzer gesellschaftlicher Gruppen und stellst selbst mit Falschbehauptungen Menschen an den Internetpranger. Damit hast Du eine Grenze überschritten. Ich toleriere nicht, dass Du meinen Mitarbeiter verunglimpfst und ich verstehe es als meine Pflicht als Arbeitgeberin, ihn vor Verleumdungen zu schützen.

Jetzt zu Deiner inhaltlichen Kritik an meinem [Gastbeitrag](#) in der FAZ. Mir ist nicht ganz klar, ob wir eigentlich über den gleichen Text sprechen. Deine inhaltliche Kritik ist nicht konsistent und gründet lediglich auf Deinen Interpretationen. Permanent wirfst Du Behauptungen auf, ohne diese zu belegen: Wo liest Du heraus, dass ich „VordenkerInnen und AktivistInnen einer



Agnes Krumwiede

Mitglied des Deutschen Bundestages

digitalen Gesellschaft“ unter „Generalverdacht“ stelle?! Ich belege anhand von Beispielen, wie Google gezielt Wissenschaft fördert. Das hat nichts mit „Generalverdacht“ zu tun, sondern mit Fakten.

Du vermutest, mein „Meinungsbeitrag zur GEMA (sei) nur ein Vorwand gewesen, eine diffamierende Behauptung in den Raum zu stellen“?! Vorwände brauche ich nicht, um meine Anliegen zu vertreten. Und ein Anliegen war mir, klar und fundiert den bestehenden Tarifreform-Vorschlag der GEMA zu kritisieren und aufzuklären, wie dieser Streit derart eskalieren konnte. Übrigens habe ich schon im April eine [Stellungnahme zu den GEMA-Tarifen](#) verfasst. Ich bin enttäuscht, dass Du als aufmerksamer Beobachter meiner politischen Aktivitäten jetzt schreibst, ich hätte mich erst „recht spät“ (erst jetzt im aktuellen FAZ-Beitrag) dazu geäußert. Welche von Dir genannte „diffamierende Behauptung“ meinst Du eigentlich, für die ich den Vorwand der GEMA-Tarife benötigt hätte?

Etwa meine Analyse der Machenschaften von Google und Co, die vor ein paar Monaten schon unser Innen- und Bürgerrechtspolitiker im EU-Parlament Jan Philipp Albrecht treffend in seinem [Gastbeitrag in der Zeit](#) auf den Punkt gebracht hat? - *„Demokratie und Rechtsstaat sind in der Welt der Facebooks und Googles nicht mehr vorgesehen. Nicht, dass sie sich gar nicht an Regeln halten würden. Nein, sie arbeiten tüchtig an Compliance-Programmen und pflegen offene Dialoge mit Nutzern und Urhebern. Doch am Ende steht immer die nüchterne wirtschaftliche Bewertung.“* Dies habe ich auch in meinem Gastbeitrag in der FAZ ausgeführt und mit Fakten belegt. Du unterstellst mir eine inhaltliche Wertung über die Haltung von Wissenschaftlern und Bewegungen, die nachweislich durch Google gesponsert werden. Du belegst diesen Vorwurf der „Diskreditierung“ meinerseits damit, dass ich deren Namen genannt habe. Einen darüber hinausgehenden Beleg Deiner Unterstellung hast Du nicht. Ich nenne Namen und ich nenne das Transparenz.

Ich erkläre Dir auch gerne, worin der Unterschied des Lobbying von Google besteht zum Lobbying der Unterhaltungsindustrie. Universal verschleierte nicht, in welchem Interesse das Unternehmen agiert und Studien in Auftrag gegeben werden. Google jedoch umgibt sich mit dem Nimbus „unabhängige Wissenschaft“. Das ist ein entscheidender Unterschied. Du schreibst: „Google hat dazu vielleicht mehr Geld zur Verfügung als Universal, das Prinzip ist aber das gleiche und solange bestimmte Grenzen nicht überschritten werden, auch legitim.“ An welcher Stelle meines Artikels behauptete ich, Google würde illegal agieren? Du gibst mir ja sogar dahingehend recht, dass „die kritische Beobachtung von allmächtigen Beinahmonopolen im Internet (Anmerkung meinerseits: Wenn Google keine Monopolstellung hat wer dann?!) okay“



Agnes Krumwiede

Mitglied des Deutschen Bundestages

sei. Worin besteht dann eigentlich Dein Ärger über meinen Artikel, der den 90-Prozent-Anteil an Verbalhieben in unsachliche Gefilde rechtfertigt?!

Im letzten Abschnitt Deines Blog-Eintrages schreibst Du: „Agnes Krumwiede hat, vor dem berechtigten Anliegen zur fairen Gestaltung einer neuen Tarifordnung, die gesamte Forschung und Arbeit von gesellschaftlichen Gruppen und wissenschaftlichen Institutionen, die mit der Digitalisierung zu tun haben, versucht in Verruf zu bringen.“ Ich fasse zusammen: Du unterstellst mir die Intention, die gesamte Forschung und Arbeit von gesellschaftlichen Gruppen und wissenschaftlichen Institutionen, die mit der Digitalisierung zu tun haben, in Verruf zu bringen. Ich frage Dich: Welcher Absatz meines Gastbeitrag verleitet Dich zu dieser Schlussfolgerung? Die Rolle der GEMA in der Gemengelage unterschiedlicher Tarifverhandlungen zu analysieren und mit Beispielen zu belegen, wirft möglicherweise ein schlechtes Licht auf Google, aber doch nicht auf die „gesamte Forschung“!

Ich glaube und hoffe, dass wir jenseits der zwischen uns möglicherweise bestehenden ideologischen Scheuklappen sogar das gleiche wollen. Ich möchte keine Monokulturen des Geistes. Diese können aber entstehen, wenn mächtige Konzerne Wissenschaft, die in ihrem Sinne forscht, subventioniert. Konzerne der Agro-Gentechnik haben uns dies jahrzehntelang vorgelebt. Deren Kraken-Fänge reich(t)en bis in die Universitäten, wo sich der unabhängige Geist junger Menschen erst bilden sollte und eine Wahl, ob Fördermittel für einschlägige Forschungsvorhaben angenommen werden oder nicht, durch Studentinnen und Studenten selbst nur schwer möglich ist.

Ich wünsche mir, dass wir innerhalb unseres internen Positionierungsprozesses zum Urheberrecht den durch Googles finanziellen Einfluss mächtig gewordenen Stimmen nicht mehr Bedeutung geben als anderen. Mein Anliegen ist, differenzierte und mit Sachargumenten fundierte grüne Positionen zu erarbeiten.

Deinen Blog-Eintrag kann ich jedoch beim besten Willen nicht als konstruktiv bewerten. Mit Deiner Aussage dass „zwar auch sie (ich) es nicht wagen (würde), in einer netzpolitischen BürgerInnenrechtspartei wie den Grünen für eine striktere Rechtsdurchsetzung durch die Überwachung des Internets in einer digitalisierten Gesellschaft zu plädieren, aber unter dem berechtigten Anliegen für die Interessen der KünstlerInnen einzutreten, lassen sich schon im Ansatz viele progressive Gedanken in halbherzige Kompromisse verändern“ stecken zu viele Verleumdungen und inhaltliche Widersprüche, um als konstruktive Kritik standhalten zu können: Zum einen die Unterstellung, ich wäre für eine strikte Überwachung des Internets, würde das



Agnes Krumwiede

Mitglied des Deutschen Bundestages

aber nicht laut sagen, weil selbst ich mich das nicht traue. Ich bin überrascht, was Du alles über meine unausgesprochenen Gedanken zu wissen glaubst, ohne Dich jemals mit mir unterhalten zu haben. Du wirst dazu kein Statement von mir finden und auch Deine „Quellen“ werden Dir bestätigen können, dass ich mich explizit nicht für eine strikte Überwachung des Internets ausspreche. Ein lascher Umgang mit dem Datenschutz ist ja genau einer der zentralen Vorwürfe meines Artikels in Richtung Google!

Du gestehst mir zu, dass ich für ein berechtigtes Interesse eintrete – für die KünstlerInnen. Gleichzeitig machst Du dies jedoch als Krux allen Übels meiner Veränderungslethargie aus, denn genau dieses Interesse meinerseits begründet Deiner Ansicht nach schon die Erstickung progressiver Gedanken. Damit sagst Du nichts anderes, als dass progressive Konzepte ausschließlich jenen überlassen bleiben, deren Anliegen kein fairer Interessenausgleich ist. Und das glaubst Du doch selbst nicht, oder? Ist es progressiv, den Interessen der Internetmonopolisten die Hand zu reichen ohne sich einzusetzen für eine Vielfalt digitaler Angebote?

Im letzten Satz meines Artikels schreibe ich, dass ich mir einen gesamtgesellschaftlichen Konsens wünsche, dass diejenigen, die Gewinne erwirtschaften durch kulturelle Inhalte, deren Urheberinnen und Urheber auch fair beteiligen sollten. Wir sind die Partei, die sich einsetzt für branchenspezifische Mindestlöhne, für eine Umverteilung, für den Schutz von Minderheiten. In unserer Partei gibt es den gemeinsamen Nenner, dass Konzerne etwas abgeben müssen an die „UrheberInnen“ ihrer Gewinnmaximierung. Das gilt für alle „WertschöpferInnen“ - für Milchbauern ebenso wie für Künstler. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns ein Kompromiss gelingt im Spannungsfeld der unterschiedlichen Interessen. Und ich werde mich mit den vielen anderen engagierten Grünen weiterhin dafür einsetzen, dass die Interessen der Künstlerinnen und Künstler dabei nicht untergehen. Lieber Isarmatrose, ich kenne Deine Shitstormqualitäten, nicht aber Deine Überzeugungen. Es kostet Dich Energien, wenn Du Dich über meine Beiträge aufregst. Und mich kostet es Energie, mich mit Deinen Beschimpfungen auseinanderzusetzen. Lass uns diese Energien besser investieren in einen Austausch von Argumenten. Gerne auch mal vis á vis.

Mit grünen Grüßen

Agnes